

Solidarität in Schiefelage

GEMEINDEFINANZEN Der Verband der Kommunen fordert Reformen

Wiebke Trapp

Emile Eicher (68) ist seit 2012 Präsident des „Syndicat des villes et communes luxembourgeoises“ (Syvicol). Pandemie, ausufernde Baupreise, Ukraine-Krieg und Inflation: Die Zeiten für die Gemeinden sind angespannt. In einer Stellungnahme fordert das Syvicol mehr Unterstützung für die Kommunen.

Tageblatt: Das Syvicol-Gutachten zur Gemeindefinanzierung vermittelt den Eindruck, der Staat wälze Finanzprobleme auf die Gemeinden ab. Stimmt das?

Emile Eicher: In der neuen Verfassung wurde u.a. das sogenannten „Principe de connexité“ verankert. Es besagt, dass wenn die Gemeinden neue Missionen bekommen oder mehr Verantwortung in einem Bereich, sie auch die dafür notwendigen Mittel zur Verfügung gestellt bekommen müssen. Im Klartext: Wir sind gerne bereit, neue Aufgaben zu übernehmen, aber nur, wenn das besagte Prinzip auch Anwendung findet. Und da fehlt es.

Ist die Gemeindefinanzreform von 2017 schon nicht mehr zeitgemäß?

Seitdem hat sich viel verändert – wirtschaftlich und finanziell. Außerdem wurden damals schon die wenig besiedelten Gemeinden mit großer Fläche von vorne herein benachteiligt.

Sie sprechen von Gemeinden wie Wintger ...

Ja. Weiswampach oder Kiischpelt sind weitere Beispiele. Diese Kommunen haben wenig Einwohner und hohe Kosten, um die Infrastruktur instand zu halten. Und ich spreche von „instand halten“, nicht von Neubauten.

Für alle Gemeinden sind die Zuwendungen des Staates aus dem FDCG die größte Einnahmequelle. Da fordert das Syvicol mehr Transparenz. Was fehlt denn?

Wir kennen die Haupteinnahmequellen des FDCG, aber nicht die genaue Berechnungsgrundlage. Wir möchten in Zukunft nachvollziehen können, was an Mitteln da ist und wie sie verteilt werden. Ganz abgesehen davon, dass die Verteilung generell überdacht werden muss.

Sie bemängeln die Ungerechtigkeiten, die bei den Beiträgen für den Beschäftigungsfonds geleistet werden müssen. Wieso?

Diese Beiträge sind noch in Zeiten der Montankrise entstanden. Historisch gesehen, steht der Solidaritätsgedanke der Kommunen untereinander dahinter. Mittlerweile ist es so, dass ein Drittel der Gemeinden den Fonds finanzieren und darin einzahlen und eine Stadt wie Luxemburg mit ihren enormen Reserven nichts.

Ungereimtheiten gibt es auch bei den Beiträgen, die die Gemeinden aus der Gewerbesteuer erhalten. Leudelingen und Niederanven haben sogar vor dem Verwaltungsgericht geklagt. Wie steht es da?

Für die Jahre 2017-2018 steht eine Entscheidung des Verwaltungsgerichts noch aus, das Verfassungsgericht hat aber die Reform bereits für verfassungswidrig erklärt, sodass die Chancen auf eine Rückerstattung hoch sind. Für die darauffolgenden Jahre gilt dies jedoch nicht, weil das Gesetz in der Zwischenzeit geändert wurde. Deshalb muss das System, wie es jetzt ist, überdacht werden.

Das fordern auch die Weiswampacher ...

Da ist es ja noch abstruser. Die zahlen mehr in den Beschäftigungsfonds ein, als sie als Gewerbesteuer bekommen. Das geht an der ursprünglichen Idee völlig vorbei.

Die Idee war ja, die Gemeinden mit wenig Arbeitsplätzen an den Einnahmen zu beteiligen ...

Genau. Dieser Solidaritätsgedanke findet sich an mehreren Stellen bei den Gemeindefinanzen.

64,65 Millionen Euro beträgt das Defizit für die Pensionskasse der Gemeindemitarbeiter, das an den Kommunen hängen bleibt. Das Syvicol fordert eine Reform. Wie groß sind die Chancen?

Dieses Defizit wurde durch eine massive Beitragserhöhung zu Lasten der Gemeinden verhindert. Wir finden es nicht normal, dass wir direkt und indirekt 100 Prozent der Beiträge bezahlen, aber bei der Entscheidung, wie verteilt wird, spielen die Gemeinden keine Rolle. Wir zahlen, andere verteilen es. Das kann nicht so weitergehen! Hinzu kommt, dass wir erst sehr spät von den Schwierigkeiten der Pensionskasse durch die ehemalige Innenministerin informiert wurden und so nicht mehr reagieren konnten.

Die Kassenlage bleibt also schwierig ...

Ja, und das Problem wird sich verschärfen, weil viele pensionsberechtigte Gemeindemitarbeiter immer weniger neuen Gemeindebeamten gegenüberstehen.

Was schwebt dem Syvicol da vor?

Das Problem muss gelöst werden. Die Gemeinden müssen an einen Tisch mit den Ministerien. Und zwar nicht nur mit dem Innen-, sondern auch mit dem Sozial- und dem Finanzministerium. Eine Möglichkeit

wäre es, dass der Staat wie im privaten Sektor acht Prozent der Kosten übernimmt.

Sie wollen auch die staatlichen Zuschüsse bei Bauvorhaben reformieren und vor allem die obligatorische Vorfinanzierung abschaffen?

Ja. Bei den Subsidien wollen wir eine Vereinheitlichung und zudem den Bauindex an die Zuschüsse binden. Diese entsprechen nicht mehr den realen Kosten – gerade im Bau. So, wie es jetzt aussieht, deckt der staatliche Zuschuss nur noch ein Drittel der Kosten, obwohl die Hälfte vorgesehen ist. Das sind systemische Probleme, die den Grundgedanken der Zuschüsse sabotieren: Arme wie reiche Gemeinden sollen neue Infrastrukturen bauen können. Was wiederum gut für unsere Wirtschaft ist.

Das Syvicol kritisiert, dass sich die Gemeinden 2024 mit den Beiträgen zum Betrieb des CGDIS genau in der Situation befinden, die der Verband befürchtet hat. Können Sie das mal erklären?

Es war bei der Neuordnung der Notfalldienste im Land klar, dass die Personalkosten steigen werden. Die Bereitschaft zum Ehrenamt nimmt ab. Es war genauso klar, dass es in einzelnen CGDIS-Antennen noch Bedarf an Material geben wird und dass neue Kasernen gebaut werden müssen. Aus diesem Grund sah das ursprüngliche CGDIS-Gesetz eine Kopplung der Entwicklung der Beiträge an die der staatlichen



Foto: Editpress/Fabrizio Pizzolante

Syvicol-Präsident Emile Eicher (CSV)

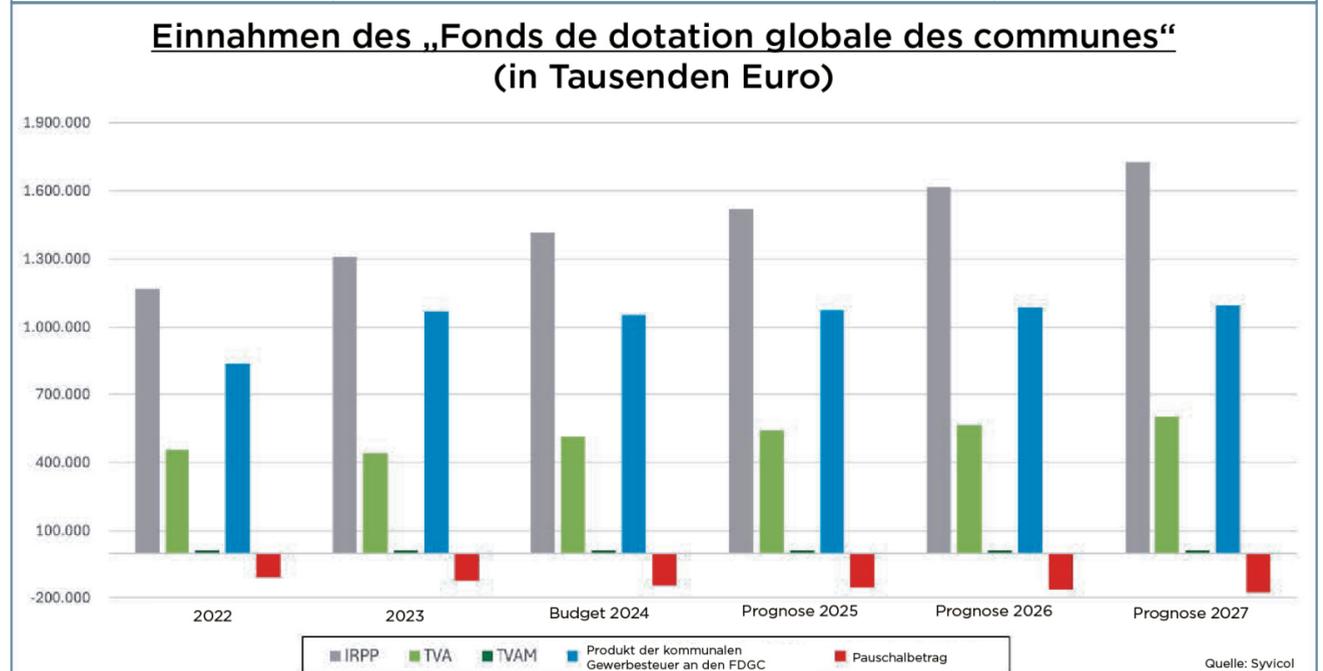
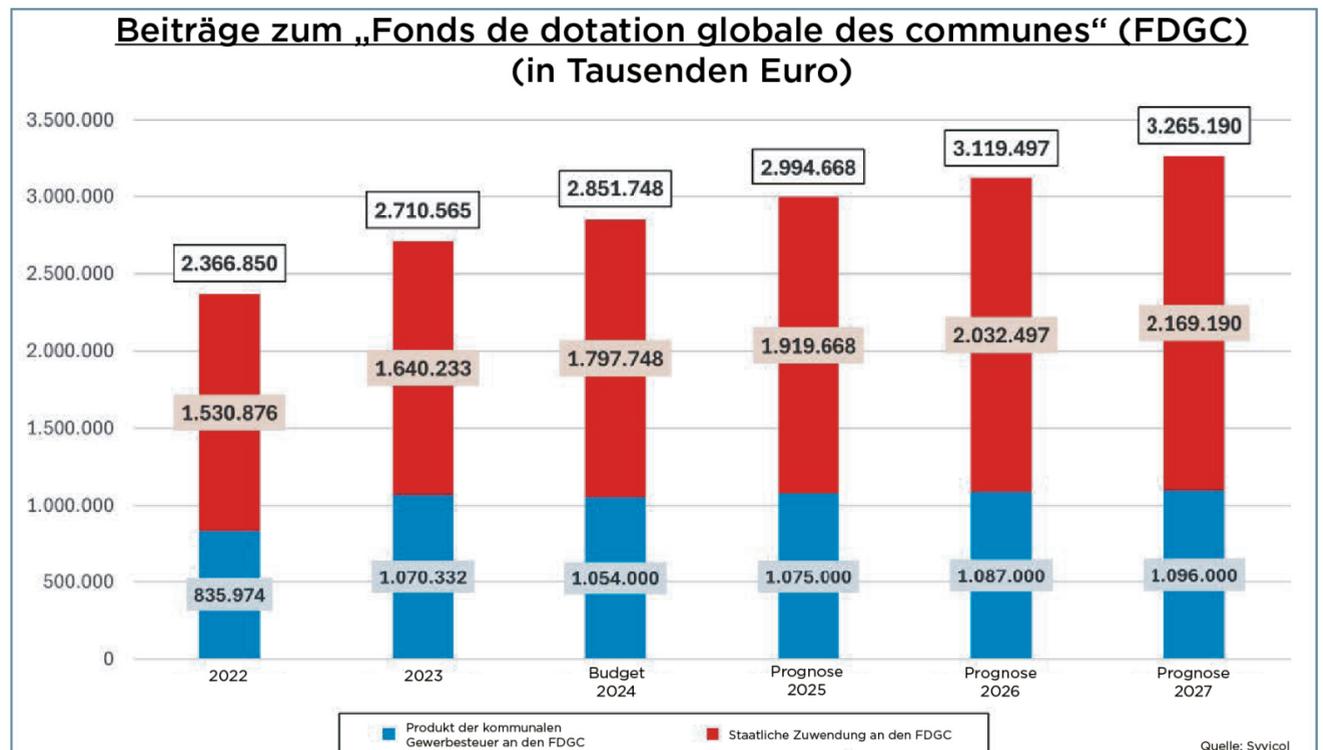
Zuwendungen an die Gemeinden vor. Dieser Mechanismus wurde mit dem letztjährigen Budgetgesetz jedoch abgeschafft. Das muss überarbeitet werden.

Computerausstattung in den Grundschulen und regionale Kulturzentren kommen zu kurz. Wieso?

Während der Pandemie haben wir festgestellt, dass die Schulen sehr unterschiedlich ausgestattet sind. Manche gut, andere schlecht. Wir finden, dass die elektronische Ausstattung der Grundschüler Sache des Staates sein sollte.

Und die Kultur?

Es reicht nicht, ein Gebäude hinzustellen. Der Betrieb muss gewährleistet werden. Das kostet und wir finden, dass sich der Staat mehr daran beteiligen muss.



IRPP bedeutet „impôt sur le revenu des personnes physiques“, das heißt Steuern der Einwohner, deren Anteil wächst